

Akzent:

Deregulierung des Gemeinwohls

EDITORIAL

Matthias Loretan

Deregulierung des Gemeinwohls: Der Titel dieses Heftes legt eine versteckte Programmatik offen. Deregulierung meint die Einführung des wirtschaftlichen Wettbewerbs. Politische Regulierung wird abgelöst durch die anonyme Steuerung über den Markt, durch das Spiel von Angebot und Nachfrage. Deregulierung ist entsprechend kein Wert an sich, sondern ein Mittel zum Zweck. Als Massnahme kann sie dem Interesse des Gemeinwohls dienen.

Aktueller Anlass zur Diskussion bietet die Revision des Fernmeldegesetzes. Sie zielt auf eine Öffnung des schweizerischen Fernmeldemarktes und auf eine Neuorganisation der PTT. Der bundesrätliche Entwurf sieht vor, das Telefonie- und Netzmonopol der Telecom PTT aufzuheben. Das Bundesamt für Kommunikation (BAKOM) übernimmt alle hoheitlichen und wettbewerbsregulierenden Aufgaben. Mit dem Konzessionsregime sichert die Regulierungs- bzw. Aufsichtsbehörde einen geordneten Wettbewerb. Sie kann neben der Telecom auch Dritte mit der fernmeldetechnischen Übertragung von Daten betreuen. Die zuständige Behörde hält an der Grundversorgung als prioritärer sozialpolitischer Leitlinie fest und auferlegt deren Finanzierung über Konzessionsgebühren allen Marktteilnehmern. Im Rahmen korrespondierender Gesetzesrevisionen wird der Telecom PTT der unternehmerische Spielraum geschaffen, damit sie sich auf dem neu eingerichteten nationalen und dem internationalen Markt nachfrageorientiert und preisgünstig behaupten kann (Kostenwahrheit ohne Quersubventionierung unrentabler Dienste, Trennung von Post und Telekommunikation, Umwandlung der Telecom in eine Aktiengesellschaft des öffentlichen Rechts).

Im speziellen Fall der Telekommunikation kann gegen die geplante Deregulierung im Grundsatz wenig eingewendet werden. Die technischen Neuerungen, die Globalisierung der Märkte und die internationale Deregulierung vor allem in der Europäischen Union führen zu neuen Marktstrukturen. Ohne entsprechende Anpassungen sind die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Telekommunikation und mit dieser Schlüsselinfrastruktur die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Schweiz gefährdet. Damit stünden auch die längerfristige Sicherstellung und Finanzierung der Grundversorgung auf dem Spiel.

Im international deregulierten Umfeld kann das Gemeinwohl nicht mehr an der Institution PTT festgemacht werden. Sie war als Monopolbetrieb in einem abgeschotteten Markt politisch einfach zu steuern. Die technische, politische und wirtschaftliche Dynamik in der Telekommunikation zwingt Abschied zu nehmen von einem Ordnungsrahmen, der mit der PTT als *Service public* wirtschaftliche und soziale Interessen miteinander verband. Aufgaben, die das Gemeinwohl betreffen, werden neu als Leistungserwartungen (Funktionen) in bezug auf die dynamische Entwicklung offen formuliert werden müssen. Diese Definitionsmacht fällt in die Zuständigkeit der politischen Instanzen. Je nach Tragweite hat das Parlament, der Bundesrat oder das BAKOM den gemeinwohlorientierten Auftrag zu konkretisieren und weiterzuentwickeln. Durch die neue Arbeitsteilung zwischen der Schweizer Telecom AG als marktorientiertem Unternehmen und der Regulierungs- respektive Aufsichtsbehörde wird gemeinwohlorientierte Politik nicht aufgehoben. Durch ihre Flexibilisierung wird sie im Gegenteil sogar noch anspruchsvoller. (Mit dem geplanten Verschwinden der PTT als *Service*

public verliert sie allerdings ein nationales Symbol und wird abstrakter.) Genau genommen wird das Gemeinwohl nicht dereguliert, sondern re-reguliert. Durch die offene Formulierung des gemeinwohlorientierten Leistungsauftrages wird die Definition dessen, was angesichts der technischen und wirtschaftlichen Entwicklung zur Grundversorgung gehört, zum Politikum. Die politische Öffentlichkeit wird wachsam sein müssen, dass soziale, ökologische und föderalistische Anliegen dabei angemessen berücksichtigt werden.

Die De- bzw. Re-Reregulierung lässt sich in fast allen gesellschaftlichen Bereichen beobachten: neben der Telekommunikation bei den elektronischen Medien, beim Verkehr, im Gesundheitswesen und sogar im Bereich des Kirchlich-Religiösen. Sofern sich dieser Trend nur als Demontage der Service-Public-Institutionen ohne gemeinwohlorientierten Korrektive vollzieht, ist er höchst problematisch. Ungeschminkt bekannte sich im Dezember 1995 eine Gruppe von Unternehmern und Wissenschaftlern um David de Pury zum neoliberalen Credo. Die Klarheit ihrer Postulate in der Streitschrift "Mut zum Aufbruch" trug dazu bei, dass sich politischer Widerstand gegen das neoliberale Konzept der Deregulierung bildet.

Die marktwirtschaftlichen Erneuerer der Schweiz verstehen Deregulierung als Umbau des Sozialstaates. Zur Durchsetzung neoliberaler Standortpolitik fordern sie den Abbau staatlicher Garantien gemeinwohlorientierter Leistungen. Mit der Orientierung am Weltmarkt, der in seiner willkürlichen Selbststeuerung von internationalen politischen Instanzen völlig unzureichend kontrolliert wird, drängen die neoliberalen Repräsentanten auch auf eine Beschneidung nationalstaatlicher Politik. Der Staat soll sich darauf konzentrieren, die innere und äussere Sicherheit zu garantieren und für die Wirtschaft günstige Rahmenbedingungen zu schaffen. Diese Minimalisierung des Politischen schwächt die politische und soziale Integration. Längerfristig kann neoliberale Standortpolitik nämlich nur eine beschränkte Zahl hochproduktiver und entsprechend anspruchsvoller Arbeitsplätze anbieten. Die Folge wäre eine Spaltung der Gesellschaft in eine kleiner werdende Zahl von Menschen, die auf durchrationalisierten Arbeitsplätzen hohe Einkommen erzielen, und in eine zunehmende Zahl von Arbeitslosen. Im Rahmen der strikten Zweiteilung müssen die "Sozialfälle" mit Brot und Spielen, mit Geld und Fiktionen unterhalten werden. Sie stellen potentielle Gefährdungen der politischen und sozialen Stabilität dar, kommen also nur noch als Objekte

und Störungen in den Blick einer den Markt verabsolutierenden Standortpolitik.

Versteht man jedoch die De- bzw. Re-Reregulierung als eine dynamische Interpretation der Gemeinwohlorientierung in einem sich rasch wandelnden Umfeld, so braucht es nicht weniger, sondern mehr Politik. Statt der aussichtslosen Herstellung der Vollbeschäftigung hätte sie neue Arbeitsmodelle zu entwickeln. Neben der produktiven Erwerbsarbeit müsste die sozial nützliche Arbeit aufgewertet werden. Dies könnte geschehen mit einem Konzept, das der "negativen Einkommenssteuer" nachgebildet ist. Durch die staatliche Subventionierung niedriger Erwerbseinkommen wird der Politik allerdings eine weitreichende Definitionsmacht zugemutet. Zudem wird demokratische Politik gefordert sein, wenn es darum geht, die gesellschaftliche Entwicklung sozial verantwortbar, ökologisch nachhaltig und weltverträglich zu gestalten. Im deregulierten Umfeld ist Politik dringend auf ihre Rehabilitation angewiesen. Legitimation und Glaubwürdigkeit erhält demokratische Politik aber nur über die aktive Partizipation der Beteiligten.

Die Hauptrubrik *Akzent* dieses Hefts ist eingeklammert von zwei Beiträgen zur Theorie des Liberalismus. *Urs Meier* nimmt eine geistesgeschichtliche, *Ulrike Knobloch* eine ökonomische Differenzierung und Einordnung vor. *Alex Bänninger* bereichert die Debatte mit einem kritischen Blick auf die Rolle der Intellektuellen bei (kommunikations)technischen Umwälzungen, während im Aufsatz von *Barbara Mettler-v.Meibom* eben das von Bänninger anvisierte Mahnen als Haltung entwickelt wird – allerdings auf einem höchst informierten und differenzierten Niveau. Der Sachbeitrag von *Max Arnet* erklärt, worum es bei der laufenden Deregulierung der PTT geht. *Urs A. Jaeggi* bewirkt mit seinem Artikel eine Horizont-erweiterung, indem er die vielbeschworene Globalisierung tatsächlich in globaler Perspektive betrachtet. Auch die *Dokumentation* von *Alfons Croci* ist ein Beitrag zum Thema der Hauptrubrik.

In der Rubrik *Spektrum* hat sich ein Nebenschwerpunkt zum Thema Religion und Medien (insbesondere Fernsehen) ergeben. *Thomas Schaufelberger* hat das "Fenster zum Sonntag" der Alphavision auf Schweiz 4 einer Analyse unterzogen, und in einem Reisebericht erzählt *Urs Meier* über Religion, Fernsehen und Neue Medien in den Vereinigten Staaten, dem deregulierten Eldorado.